Wer glättet die Turbulenzen in China?

Bei Ausverkäufen in einem so großen Ausmaß ist kaum ein Drehbuch zu erwarten, in dem sich die Volatilität auf den Märkten innerhalb kurzer Zeit von alleine beruhigen wird. Die Verantwortung werden daher die chinesischen Autoritäten schultern müssen, die die nächsten Interventionen in absehbarer Zeit ohne Zweifel etwas kosten wird, doch ließen sie der momentanen Entwicklung freien Lauf, käme sie ihre derzeitige Untätigkeit auf längere Sicht ungleich teurer.

Gleich seit Jahresbeginn befindet sich China sozusagen unter dem Mikroskop und sorgt innerhalb der medialen Berichterstattung weltweit für Schlagzeilen. Die chinesischen Aktien wiesen in der ersten Woche dieses Jahres Verluste von rund 10 % aus, wobei beispielsweise der meistzitierte Aktienindex an der Börse in Shanghai im Laufe der letzten beiden Wochen fast 17 % abschrieb. Der Preisverfall war einige Tage lang so eklatant, dass die Börse den Handel einstellen mussten. Die Panikwelle wurde dazu noch befeuert durch Nachrichten über eine schwächelnde chinesische Wirtschaft und eine deutliche Schwächung des Yuan. Die chinesische Zentralbank entschloss sich dazu, die Situation wenigstens teilweise zu stabilisieren und gegen den schwächelnden Yuan zu intervenieren. Gleichzeitig griffen die staatlich kontrollierten Fonds gegen Aktenausverkäufe ein.

Auf der einen Seite rasante Aktienausverkäufe, nicht sehr ermunternde Daten aus der chinesischen Wirtschaft und ein starker Druck auf den Verkauf des Yuan. Auf der anderen Seite Interventionen der Notenbank zur Unterstützung des Yuan und Eingriffe der staatlich kontrollierte Fonds auf den Aktienmärkten in dem Bemühen, die Märkte zu unterstützen und einen weiteren Währungssturz zu verhindern. Die Kombination dieser gegensätzlichen Maßnahmen hatte eine erhebliche Verunsicherung der Investoren zur Folge, und die unerwartete Aufeinanderfolge ungünstiger Nachrichten ließen die Befürchtungen hinsichtlich der Gesundheit der chinesischen Wirtschaft nur noch größer werden.

Einige Regierungsvertreter appellieren an die chinesische Notenbank, den Abschreibdrücken gegenüber dem Yuan nicht entgegenzuwirken und ihn vielmehr weiter schwächeln zu lassen. Das Argument, dass ein schwächerer Yuan vor allem dem Export förderlich sein und die Wirtschaft unterstützen könne, ist im Falle einer Krise zwar bis zu einem gewissen Grade gültig, doch würde dadurch in der gegenwärtigen Situation nur Öl ins Feuer gegossen werden. Obwohl die chinesische Wirtschaft und der dortige Bankensektor unüberschaubare Risiken in sich bergen, sollte sich die chinesische Regierung nun darauf konzentrieren, die Turbulenzen auf dem Finanzmarkt zu beruhigen, anderenfalls könnten diese Risiken weitaus gefährlichere Formen annehmen.

Bei Ausverkäufen in einem so großen Ausmaß ist kaum ein Drehbuch zu erwarten, in dem sich die Volatilität auf den Märkten innerhalb kurzer Zeit von alleine beruhigen wird. Die Verantwortung werden daher die chinesischen Autoritäten schultern müssen, die die nächsten Interventionen in absehbarer Zeit ohne Zweifel etwas kosten wird, doch ließen sie der momentanen Entwicklung freien Lauf, käme sie ihre derzeitige Untätigkeit auf längere Sicht ungleich teurer.

Dieser Bericht dient nur zur Information, es handelt sich keinesfalls um einen Ratschlag, eine Empfehlung und auch um keine Investitionsberatung im Sinne des § 4 Buchst. e) des Gesetzes Nr. 256/2004 GBl. über die Unternehmertätigkeit auf dem Kapitalmarkt.